



Bundesinnenminister trifft Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland

Bundesinnenminister trifft Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland
Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, und Bundesinnenminister Thomas de Maizière haben heute bei einem Besuch des Zentralratspräsidenten in Berlin die aktuelle politische Lage der Juden in Deutschland und Europa, insbesondere nach den Anschlägen in Kopenhagen, erörtert. Beide stimmten darin überein, dass nach den Anschlägen vom 15. Februar 2015, bei denen auch ein jüdischer Sicherheitsmann vor der Hauptsynagoge in Kopenhagen getötet worden war, die Gefährdungslage für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland unverändert hoch ist. "Die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern gehen jedem Hinweis und jeder Information mit größter Sorgfalt nach", betonte Bundesinnenminister de Maizière. "Sofern sich Hinweise auf eine konkrete Gefährdung von Personen oder jüdischen Einrichtungen ergeben, werden sofort Maßnahmen ergriffen. Die Gegner unserer Demokratie werden mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft. Wir alle wünschen uns, dass Juden weiterhin gerne in Deutschland leben."
Zentralratspräsident Dr. Schuster bekräftigte, dass die jüdische Gemeinschaft auch weiterhin ein selbstbewusstes Judentum in Deutschland gestalten wolle: "Jüdisches Leben in Deutschland ist Teil unserer Gesamtgesellschaft, und deshalb müssen wir alle gemeinsam dafür sorgen, dass sich jüdisches Leben auch in Zukunft hier frei entfalten kann. Die jüdische Gemeinschaft ist nach den Anschlägen zwar beunruhigt, vertraut aber weiterhin auf die Entschlossenheit der Behörden und der Polizei, alles zu unternehmen, um als Juden in Deutschland sicher leben zu können."
Der Bundesinnenminister bedankte sich beim Zentralratspräsidenten Schuster für dessen besonnene Worte nach den jüngsten Anschlägen in Dänemark. Schuster hatte erklärt, es sehe die Sicherheit jüdischen Lebens in Deutschland weiterhin gewährleistet. Gleichzeitig hatte er an die Behörden appelliert, weiterhin wachsam zu bleiben und alle Sicherheitsmaßnahmen noch einmal zu überprüfen. "Wir lassen uns das wiederaufgebaute jüdische Leben in Deutschland nicht durch Terroranschläge wieder zerstören", erklärten beide Gesprächspartner. "Für Juden ist Deutschland ein sicheres Land."
Diese Pressemitteilung wird sowohl über den Adressverteiler des Zentralrats der Juden in Deutschland als auch den des Bundesministeriums des Innern versandt. Für hierdurch verursachte Doppelsendungen bitten wir um Nach-sicht.
Bundesministerium des Innern (BMI)
Alt-Moabit 101 D
10559 Berlin
Telefon: +49 30 18681-1022/-1023/-1089
Telefax: +49 30 18681-1083
Mail: presse@bmi.bund.de
URL: <http://www.bmi.bund.de>

Pressekontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
presse@bmi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
presse@bmi.bund.de

Das Bundesministerium des Innern ist verantwortlich für die innere Sicherheit. Dazu gehören sowohl die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger als auch der Schutz unserer Verfassung. Weiteres wesentliches Element im nationalen Sicherheitssystem ist der Aufgabenbereich Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Das Bundesministerium des Innern erfüllt ein breites Aufgabenspektrum und ist differenziert organisiert. Es hat seinen Sitz in Berlin und Bonn und verfügt über eine weit verzweigte Behördenstruktur. Seit dem 12. Juli 1999 ist Berlin sein erster Dienstsitz. Das im Bezirk Berlin-Mitte, Ortsteil Moabit, gelegene Dienstgebäude bietet auf 13 Etagen Raum für rund 900 Berliner Bedienstete des Ministeriums. Der Bundesminister des Innern kümmert sich um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der Informationsgesellschaft. Er sorgt dafür, dass sie den neuen Informations- und Kommunikationstechniken vertrauen können und dass ihre Privatsphäre geschützt bleibt. Auch Migrations- und Integrationspolitik gehört zu den zentralen Aufgaben des Bundesinnenministeriums. Migration ist ein weltweites Phänomen, dessen Bedeutung seit Bestehen der Bundesrepublik stark zugenommen hat. Der Bundesminister des Innern ist ebenfalls zuständig für den öffentlichen Dienst. Über 5 Millionen Menschen sind in Deutschland beim Staat - beim Bund, bei den Ländern und Gemeinden - beschäftigt.